

Innere:
Annahme-Bureau:
In Posen
ausgegeben in der Expedition
bei Kriepke (E. J. Alric & Co.)
Breitstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn H. Spindler,
Markte n. Friedländer-Str. 4,
in Grätz bei Herrn F. Streiland;
in Frankfurt a. M.:
H. F. Daurbe & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Posen, Hamburg,
Bonn, München, St. Gallen;
Karlshof; in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Hanslein & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schöneberg;
in Breslau: Emil Khabitz.

Nr. 547.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Sgr., für ganz
Preußen 1 Sgr. 2½ Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Donnerstag, 21. November
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigesaltene Reklamen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an-
den selbstigen Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Amtliches.

Berlin, 20. Novbr. Der König hat dem Oberst-Lieut. a. D. Lange zu Wiesbaden, bisher Bat.-Kommand. im 4. Bad. Inf.-Regt. Nr. 112, dem bisherigen Oberlehrer am Fried.-Wilh.-Gymnasium hier selbst, Prof. Breßmer, dem Pfarrer Winderjahn zu Hambach und dem Gold-Kunstarbeiter, Meister August Witte zu Aachen, den R. A. D. 4. Kl.; dem Geh. Berg-Rath Jung zu Bonn den R. A. D. 3. Kl.; dem Schullehrer Johann Philipp Schmidt zu Grenzhausen im Unterwesterwald-Kreise den R. A. D. 4. Kl.; dem Schullehrer Baasen zu Oberbill den Adler der 4. Kl. des Hausordens von Hohenzollern; dem ersten Bürgermeister Breslau zu Erfurt für diese Anstellung den Titel als Ober-Bürgermeister der genannten Stadt verliehen. Der prakt. Arzt Dr. Reiche zu Elöhe ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Elbe ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. Novbr. [Abgeordnetenhaus.] Vom Kultusminister ging ein Gesetzentwurf, betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauche der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel, vom Finanzminister ein Gesetz, betreffend Rationen der Staatsbeamten, ein. Das Haus tritt in die erste Beratung der Kreisordnung ein. 12 Redner sind für, 13 gegen eingeschrieben.

Im Abgeordnetenhaus Fortsetzung. Nachdem Blankenburg für Szuman, Mallindrodt gegen die Vorlage gesprochen, erklärt der Minister des Innern gegen die Ausführungen der letzteren, die Regierung müsse auf dem Ausschusse der Provinz Posen von der Kreisordnung bestehen, wolle sie nicht Ungehorsam organisieren. Der Minister schließt: Das Interesse für das Zustandekommen des Gesetzes habe ihn berechtigt, die Mahnungen an das Herrenhaus zu richten, über die Zulässigkeit eines Pairschubes könne er sich im Abgeordnetenhaus nicht interpellieren lassen, ebenso wenig wie ihm einfallen würde, Rede zu stehen, wenn er im Herrenhaus über Auflösung dieses Hauses interpelliert würde. Die Regierung müsse dieser Beziehung freien Stand wahren.

Dresden, 20. November. Die zweite Kammer hat nach zweitägiger Debatte die Regierungsvorlage über die Steuerreform abgelehnt. Die Verhandlungen über die Gegenvorschläge des Ausschusses werden morgen beginnen. — Die erste Kammer hat alle prinzipiellen Änderungsanträge der zweiten Kammer zum Volkschulgesetz verworfen. — Die Regierung hat in Folge des stärkeren Auftretens der Winderjahn in Böhmen sofort einen militärischen Kordon längs der ganzen Grenze angeordnet.

Darmstadt, 20. November. Dem hessischen Landtage wird, wie die „Darmstädter Ztg.“ meldet, bei dessen nächstem Zusammentritt der Entwurf einer neuen Kreisordnung, über welchen gegenwärtig das Gesamtministerium beräth, vorgelegt werden.

Karlsruhe, 20. November. Die Besserung in dem Befinden des Kronprinzen des Deutschen Reichs schreiet, wie die „Karlsruh. Z.“ meldet, gleichmäßig fort und ist derselbe schon gestern im Stande gewesen, den größeren Theil des Tages außer Bett zuzubringen.

Wien, 20. November. Der hiesige Gemeinderath hat den Antrag seiner Kommission, das Wahlrecht in Gemeinde-Angelegenheiten auf diejenigen Gemeindeglieder, welche 5 Fl. Steuer zahlen, zu beschränken, mit großer Majorität angenommen.

Prag, 20. November. Der Ehebruch der Feudalen löst sich auf. Die 11 noch in seinem Besitze befindlichen Güter werden verkauft. (Privatd. der Pos. Ztg.)

Paris, 19. November. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war ohne besonderes Interesse. In dem heut Abend stattfindenden Staatsrath wird sich Thiers definitiv äußern, welche Bedingungen konstitutioneller Reformen er an sein Verbleiben auf dem Präsidenschaftsposten knüpft. (Privatd. d. Pos. Ztg.)

Versailles, 20. November. Die Regierung hat, wie die „Agence Havas“ meldet, betreffs der augenblicklichen Situation noch keine bestimmte Entschliessung gefasst und scheint die Beschlüsse der Kommission über den Antrag Kerdrel abwarten zu wollen. Der Ministerrath tritt heute Vormittag abermals zu einer Beratung zusammen.

Rom, 19. Nov. Die „Italie“ erklärt die Nachricht für unrichtig, daß der französische Botschafter bei dem Papststuhle die Note Remusat's im Vatikan übergeben, worin Remusat über die antirepublikanische Propaganda des hohen französischen Klerus sich beschwert. Der Botschafter beschränkte sich darauf, die Aufmerksamkeit des päpstlichen Hofes auf bestimmte Agitationsfälle hinzuweisen und Gegenmaßnahmen seitens des Papststuhles gegen solche anzuregen.

Rom, 19. November. Die Regierung wird, der „Italie“ zufolge, von der Veröffentlichung eines Grünbuchs Abstand nehmen und sich darauf beschränken, dem Parlamente nur Dokumente hinsichtlich solcher Fragen vorzulegen, über die Aufklärung gewünscht wird. — Der Präfect von Rom hat die Haltung eines Meetings untersagt, welches am 24. d. M. hier stattfinden sollte, um die Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu verlangen. In Motivierung dieser Maßregel ist vom Präfecten darauf hingewiesen worden, daß das Meeting, wie aus der Veröffentlichung der Veranstalter hervorgehe, dazu bestimmt sei, die bestehende Regierungsform und die Staatsgrundgesetze zu bekämpfen.

Brooklyn, 19. November. Das gestern in einem hiesigen Getreidemagazin ausgebrochene Feuer, durch welches dieses in Asche gelegt und auch die Hauptstraße bedroht wurde, ist gelöscht. Der entstandene Verlust wird auf etwa 800,000 Dollars geschätzt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 20. November. Die erste Lesung der Kreisordnung hatte gestern die Tribünen des Abgeordnetenhauses bis zum letzten Platz gefüllt. Das Publikum erwartete eine Debatte

in großem Stil. Das ist zwar nicht der Fall gewesen, aber immerhin war die Beratung so wichtig, wie allgemein interessant. Die Rednerliste gab zuerst dem polnischen Abg. Szuman das Wort. Er und seine Landsleute sind nicht prinzipielle Gegner des Gesetzes, aber sie protestieren dagegen, daß die Provinz Posen der Segnungen der neuen Kreisordnung nicht theilhaftig werden soll. „Solche Ausnahmestellung vertritt sich nicht mit dem Recht, nicht mit der Gerechtigkeit.“ Blanka (Breslau) trat für das Gesetz, wie es zu Stande gekommen, umgewunden ein, aber Blankenburg machte auf das Haus keinen Eindruck, weil er zu historischen Exkursen sich verstand. Die Kammer will mehr praktische Vorschläge, sachliche Einreden, prägnante Darlegungen. Mallindrodt erklärte sich mit dem Gesetz im Ganzen einverstanden, nahm aber das Herrenhaus sehr warm in Schutz, und noch bestimmter stellte er sich auf die Seite der Polen. Weil man sie ausschließen will, darum kann er das Gesetz nicht annehmen. „Fürchten Sie die Polen? Fordern Sie Achtung vor dem Gesetz, Gehorsam — mehr haben Sie nicht zu fordern!“ Einen Pairschub und vollends die Reform des Herrenhauses hielt Redner für verfassungswidrig unter Berufung auf Ansprüche von Stahl und Bismarck. Graf Eulenburg wendet sich gegen die Verteidiger der polnischen Ansprüche mit der kategorischen Erklärung, die Regierung sei außer Stande, den Ungehorsam zu organisieren. Die polnischen Staatsangehörigen wollen zwar jede Segnung genießen, die der Staat bietet, aber sie wenden sich, wo immer möglich, gegen den Staat selbst. Den Pairschub und die Herrenhausreform anlangend, wendet der Minister ein, so könne er im Abgeordnetenhaus darüber sich nicht aussprechen, was die Regierung thun werde. Im Herrenhaus werde er ebenso wenig sagen, was die Regierung etwa mit dem Abgeordnetenhaus vorhabe. Graf Eulenburg's Erklärung verrieth deutlich die Absicht, einen Pairschub und eine Umgestaltung des Herrenhauses in Angriff zu nehmen. Nach Eulenburg sprachen Lasker und v. Liebermann für, v. Meyer (Kenswald) und v. Wedell (Befdingdorf) gegen das Gesetz. Lasker war sehr bedeutend, ebenso Bismarck, der mit dem Gesandnis nicht zurückhielt, es wäre bedenklich, daß Graf Eulenburg die Kreisordnung zur Ausführung brächte. Würde der Minister das Gesetz so ausführen, wie die Kammer wollte? Graf Eulenburg versprach loyal zu verfahren, verwarfte sich aber gegen die Unterstellung, als wäre er jemals mit allen Änderungen des Gesetzes, die das Abgeordnetenhaus vorgenommen, einverstanden gewesen. Das Haus beschloß fast einstimmig, die Kreisordnung nicht an eine Kommission zu verweisen. — Der Kaiser ist heute Vormittag aus Pöhlungen wieder hier eingetroffen.

Der heutige „Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Privilegium wegen Emission von fünfprozent. Prioritäts-Obligationen III. Emission der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zum Betrage von 10,000,000 Thlrn. Vom 4. Nov. 1872.

Der „Neue Social-Demokrat“ schreibt: „Vor kurzer Zeit lief bekanntlich durch die Zeitungen die Notiz, daß die von der Arbeit zurückkehrenden Maurer per Drohsache nach Hause führen. Die Zeitungsreporter jammerten über diese „Unverschämtheit“ der Maurer. Wir können aber diesen edlen Herren jetzt mittheilen, daß durch die Agitation der sozialdemokratischen Partei es so weit gekommen ist, daß die Mollkutscher, wie wir selbst gesehen haben, anstatt eines Ausserbords oder einer Kiste ein elegantes Sopha benutzen, von welchem aus sie ihre Kasse lenken. So weit muß es kommen, ihr Reporter, ihr müßt im Dreck herumtrampeln, und die Arbeiter müssen fahren.“

Aus Mecklenburg-Schwerin, 18. Nov. Neulich war auf unserm Feudallandtage zum ersten Mal ein Israelit anwesend, der Kommerzienrath Salomon, welcher kürzlich ein mecklenburgisches Rittergut erstanden hat. Es bedurfte erst zweier Bundesgesetze, des Freizügigkeitsgesetzes von 1867 und des Gesetzes über Gleichberechtigung der Konfessionen, um dies in den Annalen unserer Geschichte unerhörte Resultat zum grimmigen Aerger unserer Junfer herbeizuführen. — Durch die fast ungläubliche Bestimmung des mecklenburgischen Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch von 1863, wonach Handelsgesellschaften an ritterschaftlichen Gütern und an bauerlichen Grundstücken aller Art kein Eigentum und keine Nutzungsrechte erwerben sollen, ist die erste Zuckerrüben-Altien-Gesellschaft, welche sich in Mecklenburg gebildet hat, schon sehr in Verlegenheit gerathen, indem sie es deshalb bisher nicht hat erreichen können, daß sie als Eigentümer zweier für ihren Betrieb angekauften Rittergüter in das Hypothekenbuch eingetragen ist. Man hätte nun wohl erwarten können, daß unsere Regierung sich beeilt hätte, die Aufhebung einer solchen widersinnigen Bestimmung herbeizuführen. Aber es liegt im Charakter unseres feudalen Regiments, daß sie die Industrie haßt und dieselbe möglichst von unserem Grund und Boden fern zu halten sucht. Darum hat sie sich darauf beschränkt, dem Landtage vorzuschlagen, jene Gesellschaft unter der Voraussetzung, daß dem erwähnten Verbot zu dispensiren, daß die mit den angekauften beiden Gütern verbundenen Landstandschaft so lange ruhe, als dieselben sich im Eigentum der Gesellschaft befinden. Daß unter solchen Umständen sich hier die Zucker-Industrie zum großen Schaden des Landes nur unter großen Schwierigkeiten weiter entwickeln kann, ist selbstverständlich. — Es haben sich hier Agenturen gebildet, um durch eigene Reisende in den östlichen preuß. Provinzen ländliches Dienstpersonal für unsere Güter anzuwerben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. November.

— Zum ersten Abgeordneten für den Provinziallandtag wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gewählt: Herr Medizinal-Assessor Reimann; zum ersten Stellvertreter des ersten Abgeordneten: Herr Stadtrath Bielefeld.

— Die Errichtung der Baulichkeiten für die zum 1. Oktober 1873 zu eröffnende Gewerbeschule an hiesigem Orte stand gestern auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung; der Ausbau nebst Anbau zu dem alten Mittelschulgebäude würde 32,000, ein Neubau ca. 50,000 Thlr. kosten. Die Versammlung beschloß ihre Genehmigung zur Ausführung eines Neubaus auszusprechen, gleichzeitig aber den

Magistrat zu ersuchen, der Versammlung einen Bauplan nebst Anschlag vorzulegen und unter Klarlegung der Finanzlage der Stadt eine Vorlage darüber zu machen, auf welche Weise die erforderlichen Mittel für den Neubau beschafft werden können.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 20. November. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank:

Notenumlauf	326,565,290.—	Abnahme	2,712,250 Fl.
Metallschatz	147,550,763.—	Zunahme	20,000 „
In Metall zahlbare Wechsel	4,900,805.—	Abnahme	337,521 „
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,466,851.—	Zunahme	393,432 „
Wechsel	161,274,563.—	Abnahme	1,251,260 „
Lombard	29,247,500.—	Abnahme	311,900 „
Eingelöste u. börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	3,960,866.—	Abnahme	112,334 „

Wien, 19. November. Der Kaiser hat den Vorschlag des Handelsministers, die galizischen und rumänischen Linien von der Bernberg-Gernowitzer Bahn zu trennen, genehmigt, und sind die Verhandlungen mit Rumänien bereits eingeleitet.

Best, 20. Nov. Nach den Streichungen des Ausschusses wird das nächstjährige Defizit 41,579,384 fl. betragen.

Bern, 20. Nov. Der Verwaltungsrath der Zentralbank hat den Vertrag mit der Südbahn und der aarauer Regierung, betreffend die getrennte Verwaltung der aarauer Westbahn, nach einigen Abänderungen genehmigt.

Paris, 19. Nov. „Soir“ ist neuerdings von dem Präsidenten des lombardischen Komite's ermächtigt worden, alle wiener Nachrichten über eine bevorstehende Emission von Obligationen zu demontieren.

**** Rumänische Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft.** Die Beschlüsse, welche der Aufsichtsrath und Ausschuss der Gesellschaft behufs Beschaffung der nothwendigen Mittel für Weiterbau und Vervollendung der Bahnen gefasst haben, werden nunmehr, nachdem die hierdurch nothwendig gewordene Statutenänderung in der gesetzlich vorgeschriebenen Form durch Eintragung in das Handelsregister vollzogen worden ist, zur Ausführung gelangen. Die betreffenden Beschlüsse gehen darauf hinaus, die nothwendigen Mittel durch Ausgabe von Prioritäts-Stamm-Aktien zu beschaffen, welche in Anleihen von 150 Thlr. mit 8 pCt. verzinslich und durch Auslösung im Laufe von spätestens 71 Jahren mit 200 Thlr. amortisierbar, im Betrage von 20,400,000 Thlr. emittiert werden sollen. Der Aufsichtsrath und Ausschuss waren bei Fassung dieser Beschlüsse darin einig, daß die erheblichen Vortheile, welche diese Prioritäts-Stammaktien ihren Besitzern bieten, in thunlichster Weise den Stamm-Aktionären der Rumänischen als Rekonpense für die Verluste, welche dieselben Bahnen bisher erfahren, und welche event. die Vermehrung des Kapitals für dieselben mit sich führen wird, zu Statten kommen soll und es wird daher die gesamte Emission von Prioritäts-Stamm-Aktien, den Stamm-Aktionären zur Verfügung gestellt werden. Die Stamm-Aktionäre können ihr Bezugsrecht in der Weise ausüben, daß dem Besitzer von 4 Stammaktien das Recht zusteht, je eine Spross. mit 200 Thlr. amortisierbare Prioritäts-Stamm-Aktie von 150 Thlr. zum Paricours zu erwerben. Die Sicherheit der zu emittirenden Prioritäts-Stammaktien darf selbst unter Berücksichtigung der bei den rumänischen Bahnen obwaltenden besondern Verhältnisse als eine fast absolute bezeichnet werden, da für dieselben nicht nur die Garantie der rumänischen Regierung von 270,000 Francs pr. Kilometer, sondern auch die bisher fertig gestellten und noch fertig zu stellenden Bahnen, für welche ein Kapital von 65 Mill. Thlr. nominal bereits verwendet worden ist, haften. Wenn nun auch nicht zu bezweifeln ist, daß die Aktionäre im Großen und Ganzen von dem ihnen eingeräumten Bezugsrechte, der Vortheile wegen, welche die Kapital-Anlage in den Prioritäts-Stamm-Aktien ihnen darbietet, umfassenden Gebrauch machen werden, so sprechen doch technische Gründe (namentlich die räumlichen Verhältnisse) dafür, daß ein Theil des Prioritäts-Stamm-Aktien-Kapitals übrig bleiben wird, welcher dem großen Publikum zur Disposition gestellt werden soll.

**** Fort Wayne, Muncie und Cincinnati-Bahn.** Die Rockford, Brunsdick Albany und andere dergleichen Bahnen bekommen an der vorstehend genannten Bahn neue Gesellschaft. Ein vom 30. September d. J. datirtes Zirkular der Bahndirektoren macht den Bondsbesitzern die unerfreuliche Mittheilung, daß die Bruttoeinnahmen hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, die Betriebskosten dagegen deren Vorausschlag übersteigen, auf Ausbesserung und Vervollständigung der Bahn aber noch so bedeutende Summen zu verwenden seien, daß in den nächsten 4 bis 5 Jahren an eine Einlösung der Kupons in Geld nicht werde gedacht werden können. Die Direktoren schlagen daher vor: die Kupons der nächsten 4 Jahre in Prioritäts-Stammaktien zu konvertiren, und von den in dieser Zeit zu erzielenden Nettoeinnahmen zunächst die Bahn vollständig in Stand zu setzen. Die Bondsbesitzer sollen dann die Verwaltung der Bahn selbst wählen. Von Verschreitung des Rechtsweiges, welcher den Bondsbesitzern auch offen steht, rathen die Direktoren natürlich ab.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 21. November.

WILHELM HOTEL DE BRASSE. Die Rittergutsbes. Begelt und Frau a. Stryslow, Junf. a. Waidenborwerk, Mutterne u. Frau a. Chwalowo, die Kaufl. Waffer a. Wollstein, Freudenthal a. Berlin, Zuckermann a. Rawicz, Friedmann a. Breslau, Koppin a. Stettin, Cropp a. Eöln, Mattonet a. Dören, Dit a. Berlin, Koppin a. Stettin, Landw. Audebert a. Gowaosjewo, Ger.-Ass. Rawitscher a. Riegnis, Pr.-Lt. Mattheissen a. Pönsig.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. v. Chelmicki u. Frau a. Pomezan, Frau v. Radowski a. Gemboske, Fürst A. Sulkowski a. Reisen, v. Urbanowski a. Sobota, Graf Putocki a. Tulce, v. Lutomski a. Staw, v. Bismarowski a. Mogilno, Gräfin Rodalinska a. Jarocin, Dr. Liebelt a. Cresowo, Szcliski u. Frau a. Chocieska, von Tacjanowski a. Szuplowo, Graf Czyskowski a. Wierzynea, v. Szremowicz a. Waplewo, Rentier v. Konopacki a. Dresden, die Kaufl. Gading a. Bremen, v. Baranowski u. Frau a. Danzig, Probst Heinowicz a. Rothdorf, Landw. Gontier a. Breslau.

HOTEL DE ROME (Jullus Backow.) Die Rittergutsbes. Frau Güterbock a. Dwiecki, Frau Gräfin Goszenska-Stwrog, v. Chelmowski a. Radziwowski, Landj.-H. v. Busse a. Baltowo, Weinb. Riekmann a. Gnesen, die Kaufl. Haasentamp, Hofenthal, Wohl u. Heftel a. Berlin, Schreiber a. Gnesen, Feiler u. Kiegnier a. Breslau, Ass. Lange a. Polajewo, Geh.-R. Strux u. Frau a. Warschau, Kaufm. u. Rentier Affer a. Eöln.

